



Dokumentation: Vorgezogene Bürgerbeteiligung zum „Ausbau des Stromnetzes in Schleswig-Holstein“

Stichtag 31.12.2011

Inhalt

1. Einführung	2
2. Thematische Schwerpunkte	4
2.1. Technische und gesundheitliche Aspekte	4
2.2. Naturschutzaspekte	6
2.3. Lokale und wirtschaftliche Aspekte	7
2.4. Planungs- und Verfahrensfragen	8
3. Räumliche Schwerpunkte.....	10
3.1. Westküste.....	10
3.2. Ostküste.....	10
3.3. Andere Regionen	12
4. Wie geht es weiter	12
4.1. Westküste/Süd	14
4.2. Westküste/Nord	14
4.3. Ostküste.....	14

1. Einführung

Im Frühsommer 2011 wurde in Deutschland die Energiewende eingeleitet. Deutschland wird schrittweise bis 2022 aus der Kernenergie aussteigen. Zeitgleich wird u.a. der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt. Mehr erneuerbare Energien bedeutet in Schleswig-Holstein mit seinen windreichen Küsten vor allem mehr Strom durch Windenergie. Die Ausweisung von circa 1,5 Prozent der Landesfläche als Windeignungsfläche hat dazu geführt, dass bis 2015 mit einem Windenergiepotenzial von 9.000 Megawatt an installierter Leistung allein an Land gerechnet wird. Das ist drei Mal so viel wie bislang in Schleswig-Holstein installiert ist.

Doch ohne den Ausbau des Stromnetzes kann der Windstrom aus Schleswig-Holstein nicht zu den Verbraucherschwerpunkten in der Mitte und im Süden Deutschlands abtransportiert werden. Für ein koordiniertes und zügiges Vorgehen beim Netzausbau wurde die Netzentwicklungsinitiative Schleswig-Holstein ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative haben Netzbetreiber, Land und die vom Netzausbau besonders betroffenen Kreise Nordfriesland, Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg an der Westküste sowie Ostholstein und Plön an der Ostküste im August 2011 eine Beschleunigungsvereinbarung geschlossen und sich unter anderem darauf verständigt, vor Beginn der förmlichen Verwaltungsverfahren einen Dialog- und Kommunikationsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern einzuleiten.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein, die planenden Netzbetreiber TenneT TSO (380 kV-Ebene) und E.ON Netz (110 kV-Ebene) und die betroffenen Kreise haben hierzu eine vorgezogene Bürgerbeteiligung gestartet und ab September 2011 in Regionalkonferenzen an der West- und Ostküste in gemeinsamen Veranstaltungen die Planungen zum Netzausbau in einem sehr frühen Stadium vorgestellt und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Entscheidend dabei war, dass noch keine konkreten Linien für Stromleitungen feststanden, sondern zunächst alternative Trassenkorridore von etwa einem Kilometer Breite. Innerhalb dieser Gebiete wird nach möglichen Linien gesucht.

Ziel der vorgezogenen Bürgerbeteiligung ist es, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig mit Informationen aus erster Hand zu versorgen und Rückmeldungen aufzunehmen. Die Rückmeldungen in den Veranstaltungen oder im Nachgang dazu ermöglichen den Netzbetreibern, ihre Planungen weiter zu verfeinern und mögliche Konfliktbereiche in einem sehr frühen Stadium zu berücksichtigen. Wenn dies so frühzeitig geschieht, spart das im späteren Verfahren Zeit und Mühe bei allen Beteiligten. Der Vorteil liegt insbesondere darin, dass Ideen und Pläne vor den offiziellen Verfahren noch leichter anzupassen sind, ohne formal festgeschriebene Schritte und Fristen einhalten zu müssen.

Die Hinweise und Anregungen im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung konnten mündlich in den Regionalveranstaltungen geäußert oder über E-Mail oder auf dem Postwege an das Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein adressiert werden, von wo die Rückmeldungen an die planenden Netzbetreiber weitergegeben wurden. Die Bürgerinnen und Bürger wurden gebeten, ihre Rückmeldungen bis zum 15. Dezember 2011 einzusenden. Alles, was bis einschl. 31.12.2011 eingegangen ist, ist in diese Dokumentation eingeflossen. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, im späteren Planfeststellungsverfahren Einwendungen vorzutragen und die eigenen Interessen zu vertreten, sind von der vorgezogenen Bürgerbeteiligung nicht berührt.

Bis Ende 2011 fanden an der Westküste eine gemeinsame Auftaktveranstaltung für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen in Friedrichstadt sowie nachfolgend insgesamt vier öffentliche Regionalkonferenzen in Brunsbüttel, Wöhrden, Husum und Bredstedt statt. An der Ostküste fand eine öffentliche Regionalkonferenz in Eutin statt, eine weitere Informationsveranstaltung für die Stadt- und Gemeindevertreter des Amtes Lütjenburg und schließlich eine öffentliche Regionalkonferenz des Kreises Plön Ende Januar 2012 in Preetz.

An den Regionalkonferenzen haben jeweils zwischen 70 und 250 Personen teilgenommen. Die Veranstaltungen sind konstruktiv und sachlich verlaufen. Dabei ging es darum, der interessierten Öffentlichkeit in einem frühen Stadium der Planung Basiswissen zu vermitteln und die Möglichkeit zur Rückmeldung einzuräumen. Diese Möglichkeit wurde in den Veranstaltungen genutzt, aber auch im Nachgang dazu. Bis zum 31. Dezember 2011 waren 205 Eingänge per Mail und Brief als Rücklauf im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung im Wirtschaftsministerium zu verzeichnen.

Als Absender treten sowohl Einzelpersonen als auch Familien, aber beispielsweise auch Verbände oder öffentliche Einrichtungen auf. Zugleich gibt es von mehreren Personen unterzeichnete Unterschriftenlisten oder von mehreren Personen einzeln abgesandte aber textgleiche Formschriften. Auch Gemeinden und Ämter haben sich positioniert.

Die zusammengefasste Darstellung der Anregungen und Hinweise ist Ziel dieser Dokumentation.

Sie erhebt nicht den Anspruch, Auskunft zu geben, wie viele Bürgerinnen und Bürger hinter einzelnen Anregungen und Hinweisen stehen. Sie erhebt auch nicht den Anspruch, alles abzubilden, es geht vielmehr darum, deutlich zu machen, wo die Schwerpunkte der Anregungen und Hinweise liegen.

Eine Bewertung der Anregungen und Hinweise findet in dieser Dokumentation nicht statt. Sie werden wiedergegeben, ohne dass diese jeweils inhaltlich geteilt werden.

Diese Dokumentation stellt zunächst die inhaltlichen, thematischen Aspekte dar, anschließend findet eine räumliche Trennung zwischen den Ausbauvorhaben an der West- und Ostküste statt.

2. Thematische Schwerpunkte

Insgesamt lässt sich feststellen, dass vor allem technische und gesundheitliche Aspekte, der Naturschutz sowie lokale und regionalwirtschaftliche Aspekte von den Bürgerinnen und Bürgern in den Anregungen und Hinweisen angeführt werden. Darüber hinaus werden Fragen und Forderungen zu den Planungen und Verfahren artikuliert.

Deshalb werden Rückmeldungen nachfolgend in vier Gruppen zusammengefasst:

- Technische und gesundheitliche Aspekte,
- Naturschutzaspekte,
- Lokale und wirtschaftliche Aspekte,
- Planungs- und Verfahrensfragen.

Auf diese Schwerpunkte wird im Folgenden genauer eingegangen.

Hervorzuheben ist auch, dass ein Teil der Rückmeldungen auf konkrete räumlich bestimmbare Trassenabschnitte Bezug nimmt, andere Rückmeldungen dagegen nicht.

Themenübergreifend wird gefragt, inwieweit alternative Trassenführungen geprüft worden seien. Es wird auch darauf verwiesen,

- dass es notwendig sei, Ökostrom nicht nur ökologisch zu produzieren, sondern auch ökologisch zu transportieren und
- dass es einer sorgfältigen Planung bedürfe, damit kein „Schnellschuss“ entstände.

2.1. Technische und gesundheitliche Aspekte

Die Rückmeldungen zu den technischen und gesundheitlichen Aspekten beziehen sich zum Beispiel auf folgende Punkte:

- Höhe der geplanten Masten, Abstände der Wohnhäuser, Naturschutzgebiete etc. zu Masten und Stromleitungen
- Optische Beeinträchtigungen durch die Masten und Leitungen
- Auswirkungen der elektrischen und magnetischen Felder auf die Gesundheit (befürchtet werden z.B. Leukämie, Demenz). Der Wunsch nach mehr Aufklärung wird artikuliert.
- Geräusentwicklung
- Alternative Mastformen (Wintrack u.a.)
- Alternative Übertragungstechniken (Freileitungsmonitoring / Hochtemperaturseile / GIL-Technologie / Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ)-Technologie / HVDC-Light-Kabel / Overlay-Netz). In diesem Zusammenhang wird insbesondere auch gefragt, ob diese neuen Technologien den Neubau von 380 kV-Leitungen überflüssig machen können und ob die Freileitungstechnik nicht veraltet sei.
Es wird nach verlustarmer Stromübertragung gefragt und nach der Höhe der Verluste bei

den verschiedenen Technologien. Konkret wird im Zusammenhang von herkömmlichem Drehstrom und HGÜ gefragt, was „weite“ Entfernungen laut §12 EnWG sind und ob Drehstromtechnik als „verlustarm“ im Sinne des § 12b EnWG bezeichnet werden könne.

- Zahlreiche Rückmeldungen drehen sich um die Möglichkeit des Einsatzes von **Erdkabeln**. Hier wird u.a. auch gefragt,
 - ob der Erdboden die elektrischen und magnetischen Felder abschirme,
 - wie der Vergleich zwischen Erdverkabelung und Freileitungen hinsichtlich der elektrischen und magnetischen Felder und der sozialen Kosten aussehe,
 - warum Erdverkabelung auf Höchstspannungsebene in Deutschland nicht möglich sein sollte, wenn es in Dänemark für das 400 kV Netz festgelegt wäre, dass die Erdverkabelung dem Freileitungsbau vorzuziehen sei, und wenn Großstädte wie Berlin doch einen 380 kV-Ring betrieben,
 - inwieweit eine Erdverkabelung alter 110 kV-Leitungen im Zuge des Netzausbaus in Schleswig-Holstein möglich sei, insbesondere dann, wenn bislang Häuser überspannt seien oder in Schutzgebieten,
 - ob nicht in begehbare Kabelgräben oder Leerrohre investiert werden könne,
 - ob eine 380 kV-Trasse nicht als Erdkabel unter der Straße verlegt werden könne,
 - ob nicht unterirdisch mehrere 110 kV-Leitungen nebeneinander gelegt werden könnten.
- Eine Reihe von Rückmeldungen bezieht sich auch auf die Verbindung bestehender und neu zu errichtender Leitungen. Häufig wird in diesem Zusammenhang eine Mitführung von 110 kV Leitungen auf den neuen 380 kV-Trassen gefordert.
- Es wird danach gefragt, ob sich bei gemeinsamer Führung von 380 kV und 110 kV auf einer Trasse eine Belastung in der Summe von 490 kV ergebe.
- Es wird nach den Übertragungskapazitäten bei 110 kV und 380 kV im Verhältnis zueinander gefragt.
- Auch wird gefragt, ob die Nutzung von Bahnstromleitungen eine Alternative sei.
- Von mehreren Einsendern wird darauf hingewiesen, dass bei der Planung viel Rücksicht auf seltene Tiere genommen werde und gefragt, wer Rücksicht auf die Menschen nehme. Mehrfach kommt auch der Hinweis, dass Menschen im nicht so stark besiedelten ländlichen Raum scheinbar weniger Berücksichtigung fänden.
- Es wird gefordert, den Betroffenen möglichst viel Information über Technik, Anforderungen und vor allem Auswirkungen auf Umwelt und damit insbes. den Menschen zur Verfügung zu stellen.
- Es wird vorgeschlagen, überschüssigen Strom in Windwasserstoff umzuwandeln und durch eine unterirdische Gasleitung abzutransportieren.
- Es wird nach den Wärmeverlusten und Energieverlusten bei den verschiedenen Alternativen gefragt.
- Es wird gefragt, ob bei Freileitungen in salzhaltiger Luft nicht Probleme zu erwarten seien.

2.2. Naturschutzaspekte

Beeinträchtigungen der Flora und Fauna werden befürchtet. Die Rückmeldungen zu den Naturschutzaspekten weisen auf mögliche Konflikte zu sensiblen Naturräumen und einzelne geschützte Arten hin, z.B.

- FFH-Gebiet Curauer Moor und EU-Projekt Curauer Moor 2011,
- FFH- und Naturschutzgebiet Barkauer See,
- FFH-Gebiet Meischenstorfer Busch nebst Bach (Steinbek) - FFH DE 1730-301,
- Naturschutzgebiet Ruppertsdorfer See,
- Waldnaturschutzgebiet Riesebusch,
- Landschaftsschutz- und FFH-Gebiet Schwartautal,
- Schutzgebiet Kükelühner Au,
- Biotope Ratekauer und Techauer Moor,
- Vogelschutzgebiet Neustädter Binnengewässer,
- Sarkwitzer Moor.

Verschiedene Vogelarten werden erwähnt (wie Seeadler, Weißstorch, Schwarzstorch, Rotmilan, Uhu, Wiesenweihe, Kranich, Schwarzspecht, Eisvogel, Graugänse, Kormorane, Zwergmöwen, Trauerschwalben); ebenso Fledermausarten (Teichfledermaus) und Fischarten (Meeresforelle, Lachsforelle, Lachs, Bachneunauge)

Der Vogelzug wird hervorgehoben, insbesondere an der geplanten Eiderquerung. Es werden beispielsweise Fragen aufgeworfen, ob mit den geplanten Leitungstrassen Rast- oder Durchzugsgebiete von Vögeln gestreift oder durchschnitten würden und ob bevorzugte Zuglinien wandernder Vogelarten gequert würden. Hingewiesen wird auch darauf, dass zum Teil in den Regionalplänen mit Verweis auf den ornithologischen Wert keine Windeignungsflächen ausgewiesen würden, in unmittelbarer Nähe aber nun Stromleitungen geplant würden.

Es wird darauf hingewiesen, dass in Naturschutzgebieten keine Erdkabelverlegung erfolgen dürfe.

Daneben wird konkret nach Gewässer- und Bodenbelastungen durch ausgewaschenen Zink und die Bildung von Ozon an den Leitungen gefragt.

Mit Blick auf die Diskussion zur Positionierung von Masten auf Knicks wird darauf hingewiesen, dass Knicks nach Bundes- und Landesnaturschutzgesetz zu den geschützten Biotopen gehörten.

Es wird gefordert zu prüfen, ob als Ausgleich für eine 380 kV-Freileitung an anderer Stelle bereits bestehende 110 kV-Freileitungen in die Erde verlegt werden könnten.

2.3. Lokale und wirtschaftliche Aspekte

Die Rückmeldungen zu den lokalen und wirtschaftlichen Aspekten beziehen sich beispielsweise insbesondere auf folgende Punkte:

- Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes sowie Sichtbehinderungen, insbesondere auch von Kulturdenkmälern ,
- Auswirkungen auf die **Wohn- und Lebensqualität** und Konflikte mit **touristischen** Zielen. Konkret genannt werden hier z.B.
 - der Naturpark Holsteinische Schweiz,
 - das Naherholungsgebiet Bad Schwartau,
 - ein Europäischer Wanderweg,
 - das UNESCO Weltnaturerbe Lübeck,
 - das Spa Resort Weißenhaus,
 - Ratekau als Sieger im Bundeswettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ in der Größenklasse 10.000 bis 30.000 Einwohner,
- Einen Schwerpunkt in der **Landwirtschaft** bilden
 - Fragen nach Flächenverlusten, Wertverlusten und Einkommensverlusten. In diesem Zusammenhang wird u.a. die Sorge um die Zerstückelung einzelner Betriebe geäußert.
 - Es wird gefordert,
 - dass Masten verstärkt auf Knicks gesetzt werden sollten,
 - dass Ausgleichsflächen reduziert werden sollten,
 - dass eine Bündelung der Leitungen unter Nutzung der selben Masten erfolgen solle und
 - dass höhere Entschädigungen für Masten und Überspannungsbereiche gezahlt werden sollten, da es beim Stromtransport heute nicht mehr um öffentliche Versorgungsleitungen geht, sondern um wirtschaftliche Interessen der Stromproduzenten.
- Die Unfallgefahr für große landwirtschaftliche Geräte durch in der Mitte zu tief hängende Leitungen müsse vermieden werden.
- Analog zu den Bürgerwindparks werden Bürgernetze gefordert, so dass die Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, sich an Investition und Gewinn des Netzausbaus zu beteiligen.
- Die Wertminderung privater Wohngrundstücke in der Nähe geplanter Trassen wird häufig thematisiert.
- Da Biolebensmittelverbände Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Produkte befürchten, die unter Stromleitungen angebaut werden, wird befürchtet, dass im Bereich der geplanten Trassen künftig keine Biolebensmittel mehr produziert werden können.
- Es wird angemerkt, dass es nicht sein könne, dass in bestimmten Gemeinden Windenergieanlagen z.B. wegen Seeadlerschutz nicht zugelassen würden, die Stromtrasse dann aber sehr wohl über Gemeindegebiet geplant werde.
- Es gibt auch das Interesse eines Stadtwerkes zu einer direkten Anbindung an das Höchstspannungsnetz von 380 kV.

- Es wird gefordert, geplante Windparks und Solaranlagen bei der Trassenplanung zu berücksichtigen und nicht zu durchschneiden.

Weitere ortsbezogene Aspekte finden sich in Abschnitt 3 „Räumliche Schwerpunkte“.

2.4. Planungs- und Verfahrensfragen

Zu den vorgetragenen Anregungen und Hinweisen gilt grundsätzlich: Je größer die Nähe zu den möglichen Trassenvarianten, umso größer sind die vorgetragenen Bedenken. Dies gilt insbesondere, wenn das eigene Grundstück betroffen ist. Auf der anderen Seite wird verschiedentlich auch eine rasche Planung und Bauausführung gefordert.

Es kamen viele Hinweise zu Vor- und Nachteilen verschiedener Trassenführungen und Vorschläge für alternative Trassenführungen – insbesondere aus dem Raum Ostholstein/Plön, die hier nicht im Einzelnen aufgelistet werden können, die aber von den Netzbetreibern in ihren weiteren Planungen aufgenommen und abgewogen werden.

Allgemein wurde zu **Planungsfragen** folgendes angemerkt:

- In Richtung Politik wird moniert, dass mit dem Netzausbau den Wünschen internationaler Konzerne nachgegeben würde und nicht den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprochen werde.
- Die Darstellung der energiepolitischen Hintergründe (mit Einsparkonzepten und Speichermöglichkeiten) wird gefordert.
- Es wird gefordert, die Bürger weiterhin konsequent in den Planungsprozess einzubinden, um die Identifikation mit Erneuerbaren Energien und die Akzeptanz des Netzausbaus zu fördern.

Die Rückmeldungen beziehen sich weiterhin insbesondere auf folgende Punkte:

- Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Netzplanung (u.a. Übertragungsbedarf, Lastflussberechnungen, betriebswirtschaftliche und soziale Kosten)
- Wie erfolgt die Bedarfsplanung? Wie kommt die erwartete Leistung zustande, wie setzt sie sich zusammen?
- Welche Grundsätze liegen der Trassenplanung zugrunde und warum?
 - Es wird gefragt, warum neue Linien auf Basis so genannten geringsten Konfliktpotenzials gesucht und nicht die bestehenden Trassenverläufe ausgebaut würden.
 - Es wird danach gefragt, ob eine spätere Erweiterung der Netze möglich sei.
 - Es wird auch vorgeschlagen, das Netz nicht an der maximal möglichen Einspeisung auszulegen, sondern darunter.
 - Schließlich werden die Werturteile hinterfragt, die auf den Planungsgrundsatz der Verwendung ortsferner Trassen abzielen: Ist die Landbevölkerung weniger Wert als Stadtbevölkerung?

- Wie sind die gesetzlich festgelegten Abstände zu Wohngebäuden, Naturschutzgebieten etc.?
 - Kann eine neue 380 kV-Trasse nicht teilweise 110 kV-Trassen ganz ersetzen?
- Könnten der Ausbau der regionalen Stromversorgung und Energiesparkonzepte sowie Speichermöglichkeiten eine Alternative zum Stromleitungsbau sein?
 - Wie erfolgt die Einbindung der Netzentwicklungsinitiative Schleswig-Holstein in die Nationale Netzentwicklungsplanung?
 - Es wird die Forderung nach der Festlegung von Trassenkorridoren und Leitungsverläufen in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren auf regionaler und auf Landesebene mit Darlegungen aller Optionen und Alternativen gefordert – dies gilt insbesondere für den Bereich Ostholstein.
 - Es wird auf die Abstimmungsnotwendigkeit zwischen der 380 kV- und 110 kV-Ebene hingewiesen.
 - Es wird gefragt, welche Auswirkungen es hätte, wenn der Netzausbau nicht käme.
 - Es wird gefordert, die Abstände der 380 kV-Leitung zu Ortschaften möglichst groß zu halten.
 - Es wird gefordert, die Möglichkeit, vorhandene Stromtrassen zu erweitern, stärker zu berücksichtigen.
 - Weiter wird gefordert, die Landschaftspläne und Landschaftsrahmenpläne vorab zu aktualisieren.
 - Die Bahnstromversorgung solle einbezogen werden.
 - Gefordert wird ein Anschluss an das dänische Stromnetz.
 - Die Forderung nach Darstellung von Höhe und Breite künftiger Masten (auch im Verhältnis zur bestehenden 110 kV-Leitung), Mindest- und Höchstbreite der Schneise, Abstände zu Wohnhäusern, Naturschutzgebieten etc. (auch im Verhältnis 110/380 kV) wird erhoben.
 - Und es wird gefordert, die schwedischen Richtlinien für Abstände von Stromleitungen zu Wohngebäuden zu übernehmen (120 bis 200 Meter Abstand)

Zu den **Verfahrensfragen** wird folgendes gefragt und angemerkt:

- Wie laufen die Verfahren genau ab? Wer wird wie eingebunden? Wann werden Landbesitzer über die Verwendung des eigenen Landes informiert?
- Wer sind die zuständigen Behörden? Wo werden Orte und Termine veröffentlicht?
- Wo sind und werden alle Pläne einschließlich der Standorte der Umspannwerke und der geplanten 110 kV-Trassen veröffentlicht?
- Forderung nach klarer Informationsschiene (Wo können sich Bürger über alle aktuellen Termine informieren?)
- Wie kommen Bürgerinnen und Bürger ohne Internetanschluss an die Informationen?
- Forderung nach umfassender schriftlicher Information der potenziell betroffenen Bürger

- Forderung nach Informationskursen in Volkshochschulen rund um die Themen Stromerzeugung, Übertragung elektrischer Energie, Netze, Netzplanung
- Forderung nach Darstellung der aktuellen Planungen von E.ON Netz im Internet

3. Räumliche Schwerpunkte

Von den insgesamt 205 Eingaben per Mail und Brief bis zum 31.12.2011 kamen 11 % von der Westküste, 87 % von der Ostküste, und 2 % haben keine unmittelbare Ortszugehörigkeit offen gelegt.

3.1. Westküste

Die Rückmeldungen von der Westküste kamen knapp zur Hälfte aus dem Raum Mildstedt. Hier wurde vor allem eine Erdverkabelung der bestehenden 110 kV-Stromtrasse gefordert, die Häuser überspannt. Darüber hinaus wurde an der Westküste vor allem der räumliche Abstand zur Wohnbebauung thematisiert. Ein weiteres wichtiges Thema war eine Integration der 110 kV auf 380 kV-Masten und die Überprüfung von alternativen Lösungen zur geplanten 380 kV-Westküstentrasse. Es wird darauf hingewiesen, dass erhebliche Teile Nordfrieslands bei einem Deichbruch zum Überflutungsgebiet gehören und damit eine Gefahr für das Umspannwerk Niebüll bestehe, das in einem überflutungsgefährdeten Gebiet geplant würde.

Es wird angemerkt, dass Nordfriesland sich immer mehr von einer Natur- zur Windindustrielandchaft entwickle. Es wird auch ein Verzicht auf eine 380 kV-Leitung nördlich der Eider und Halbinsel Eiderstedt wg. Landschafts- und Naturschutz bzw. Vogelschutz gefordert.

Im Vergleich zur Ostküste sind von der Westküste relativ weniger Rückmeldungen per Mail und Post erfolgt. Gegenüber der Ostküste haben an der Westküste jedoch mehr Regionalkonferenzen stattgefunden, auf denen informiert und Gelegenheit zur Rückmeldung gegeben wurde.

Die Städte Brunsbüttel und Husum, das Amt Nordsee-Treene und die Gemeinde Horstedt haben die Möglichkeit zur Rückmeldung genutzt. Eine Unterschriftenliste wurde eingereicht aus Rantrum. Der Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Kreisbauernverband Husum-Eiderstedt hat sich als Verband zu Wort gemeldet.

3.2. Ostküste

Ein besonderes Schwerpunktthema an der Ostküste ist die Bündelung des Netzausbaus mit der Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung auf Straße (BAB) und Schiene. Dabei wird zum einen eine Trassenbündelung gefordert, zum anderen die Frage nach den Grenzen der Belastbarkeit durch die Kombination der verschiedenen Bauvorhaben gestellt. Mehrfach wird eine gemeinsame Planung von Fester Fehmarnbeltquerung und 380 kV-Leitung gefordert. Hierzu wird auch mehrfach ein Raumordnungsverfahren gefordert.

Einen örtlichen Schwerpunkt im Bereich der A1 bilden Rückmeldungen aus den Ortschaften, die westlich und östlich der Autobahn liegen, um Manhagen und Beschendorf sowie im Bereich Wangels.

Die Gemeinden Stockelsdorf, Ratekau, Süsel, Altenkrempe, die Stadt Bad Schwartau, das Amt Lütjenburg und der Dorfvorstand Horsdorf haben beispielsweise die Möglichkeit zur Rückmeldung genutzt. Vorgefertigte Formschriften wurden von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus Wangels wie auch aus Beschendorf eingesandt. Unterschriftenlisten wurden eingereicht aus Pohnsdorf und Malkendorf sowie von der Dorfgemeinschaft Klein Schlamin/Marxdorf und von der Dorfschaft Sarkwitz. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Kreisgruppe Ostholstein hat sich als Verband zu Wort gemeldet.

Folgende beispielhafte Punkte wurden thematisiert:

- Möglichkeit der Nutzung der bestehenden 110 kV-Leitungstrasse zwischen Kiel und Göhl. Ist ein Verbleib außerhalb des Küstenstreifens tatsächlich zwingend?
- Frage nach einer direkten Leitungsverlegung von Kiel nach Lübeck: Warum wird beispielsweise zwischen Kiel und Lübeck nicht ein gerader Strich gezogen anstelle eines großen Bogens, der deutlich mehr Leitungskilometer bedeutet?
- Forderung nach Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) zum Abtransport des Windstroms aus Ostholstein/Plön.
- Forderung nach Bündelung der neuen 380 kV und der bestehenden 110 kV auf einer Trasse in der Nähe der B 202
- Forderung nach Erdkabel statt Freileitung bei 380 kV
- befürchtete Flächenverluste entlang der A1 von landwirtschaftlichen Betrieben, die schon beim Bau der A1 Verluste zu verzeichnen hatten
- Konkret wird mehrfach eine Verlegung des bestehenden Umspannwerkes Göhl aus dem Ort gefordert.
- Im Bereich Ostholstein werden die vorgestellten Trassenvarianten intensiv von den jeweils Betroffenen hinterfragt und vorgeschlagen, dass die jeweilige Variante außerhalb der eigenen Betroffenheit weiterverfolgt werden sollte. Diese Eingaben können hier nicht im Einzelnen dokumentiert werden, sondern werden von den Netzbetreibern im Rahmen der weiteren Planungen abzuwägen sein.
- Auf die Kollision der Trassenplanung mit der Flugüberwachungsanlage Pariner Berg wird mehrfach hingewiesen.
- Wie geht die Planung der 380 kV von Kiel aus weiter, wenn der Strom dort aus Richtung Lübeck/Göhl ankommt?
- Gibt es Pläne zur Weiterleitung des Stroms von Göhl Richtung Lolland/Dänemark?
- Gibt es Probleme durch mehrfaches Kreuzen der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung?
- Ein Seekabel von Lübeck nach Fehmarn und von dort weiter nach Kiel wird als Alternative für eine 380 kV-Leitung an Land gefordert.
- Es wird eine schlüssige Abwägung gefordert zwischen allen denkbaren Varianten (kürzeste Verbindung Kiel-Göhl-Lübeck, Aufrüstung der bestehenden 110 kV-Leitung auf 380 kV, Erdkabel für 380 kV, Seekabel durch die Ostsee)

- Warum kann E.ON Netz im Bereich Wangels problemlos eine 110 kV-Leitung durch ein Gebiet bauen, das TenneT dann als zu sensibel bezeichnet?
- Im Bereich Ostholstein werden Vorbelastungen durch A1, 110 kV-Leitung, Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung angeführt.
- Es wird die Forderung erhoben, die 380 kV auf die bestehende 110 kV-Trasse zu legen (Kiel – Göhl) einerseits und andererseits Unterstützung der vorgestellten Planung und ausdrückliche Forderung, nicht auf die alte 110 kV-Trasse zu gehen.

Die Notwendigkeit einer 380 kV-Leitung für die Ostküste wird hinterfragt:

- Es wird gefragt, warum eine so leistungsfähige Überlandleitung gebaut werden soll, die ein Vielfaches an Megawatt transportieren kann als durch den Ausbau von regenerativen Energien erreicht würde. Nennenswerte Industrie sei nicht vorhanden.
- Nach Aussage der E.ON Netz in den Planunterlagen zur 110 kV-Leitung Göhl-Lübeck würde 380 kV in diesem Bereich in absehbarer Zeit nicht ausgenutzt – vor diesem Hintergrund wird die Notwendigkeit der 380 kV-Leitung ebenso in Frage gestellt.
- Belegt ein Gutachten den Bedarf einer 380 kV-Leitung im Bereich Ostholstein/Plön?

3.3 Andere Regionen

Die Region Hamburger Rand stand nicht im Fokus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung, dennoch wurde von dort eine Unterschriftenliste eingereicht.

4. Wie geht es weiter

Die Internetseite www.stromnetzausbau.schleswig-holstein.de wird als zentrale Informationsplattform zum Netzausbau in Schleswig-Holstein fortgeführt und weiter ausgebaut.

Die Kreise stellen sicher, dass **Bürgerinnen und Bürger ohne eigenen Zugang zum Internet**, in ihrer jeweiligen Region die Möglichkeit haben, die öffentlich gemachten Informationen zum Netzausbau einzusehen:

- Im **Kreis Nordfriesland** werden wesentliche Unterlagen in zeitlicher Nähe zu regionalen Veranstaltungen für einen begrenzten Zeitraum in Papierform im Kreishaus Husum (Marktstraße 6, 25813 Husum) zur öffentlichen Einsicht zur Verfügung gestellt. Hierüber wird zu gegebener Zeit über die örtliche Presse informiert.
- Im **Kreis Dithmarschen** können Unterlagen bei der Kreisverwaltung / Fachdienst Bau, Naturschutz und Regionalentwicklung (Stettiner Straße 30, 25746 Heide) nach vorheriger Terminabsprache (Telefon: 0481/97-1360 oder -1424) eingesehen werden.
- Im **Kreis Ostholstein** können Unterlagen bei der Kreisverwaltung / Fachdienst Regionale Planung (Lübecker Str. 41, 23701 Eutin) nach vorheriger Terminabsprache (Telefon 04521/788380) eingesehen werden.

- Im **Kreis Plön** können Unterlagen bei der Kreisverwaltung /Kreisbauamt (Hamburger Str. 17/18, 24306 Plön) nach vorheriger Terminabsprache (Telefon: 04522/743-307 oder -348) eingesehen werden. Zusätzlich können Unterlagen über die Internetzugänge der Stadt- und Gemeindebüchereien im Kreisgebiet eingesehen werden.

Diese **Dokumentation** ist für Bürgerinnen und Bürger nach dem 20. Februar 2012 zugänglich auf den Internetseiten des Wirtschaftsministeriums Schleswig-Holstein unter www.stromnetzausbau.schleswig-holstein.de

Die planenden Netzbetreiber TenneT TSO und E.ON Netz erstellen auf Basis der schriftlichen Rückmeldungen im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung einen Katalog **häufig gestellter Fragen / frequently asked questions (FAQ)** und beantworten diese. Dabei geht es um die Beantwortung von Sachfragen. Das Wirtschaftsministerium und die Kreise werden die Beantwortung kritisch begleiten. Wo erforderlich werden neutrale weitere Stellen für die Beantwortung hinzugezogen. Die Antworten auf die FAQ werden mit Quellenangabe auf der Internetseite www.stromnetzausbau.schleswig-holstein.de online gestellt und künftig weiter ergänzt.

Nicht alle Fragen können schon jetzt beantwortet werden. So wird sich die genaue Trassenführung erst im weiteren Planungsprozess klären. Wo Hinweise und Anregungen sich mit den konkreten Trassen befassen, werden diese von den Netzbetreibern im Rahmen der **Planungen** geprüft und wo möglich berücksichtigt.

Der begonnene **Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wird konsequent fortgesetzt.**

Nach Vorbild in den Niederlanden wird der Netzbetreiber TenneT **Infomärkte zum Netzausbau** organisieren. Dabei soll, wenn sich regional Brennpunkte entwickeln, der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht werden, indem mit wenigen Informationstafeln und Fachleuten ein Angebot geschaffen wird, das dem von Messeständen ähnelt. Gegenüber einer Konferenz mit zahlreichen Teilnehmern kann das die Hemmschwelle senken, Fragen zu stellen und in einen Dialog mit den Netzbetreibern einzutreten.

Hinweise und Anregungen können weiterhin unter

stromnetzausbau@wimi.landsh.de

oder unter der **Postadresse**

Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein, VII 347
Postfach 7128, 24171 Kiel

eingesandt werden. Das Wirtschaftsministerium stellt die Weiterleitung an die planenden Netzbetreiber TenneT TSO und E.ON Netz sicher. Dabei ist weiterhin zu berücksichtigen, dass diese Rückmeldemöglichkeit außerhalb der förmlichen Verfahren läuft. Wer sicherstellen will, dass seine Äußerungen ins förmliche Verfahren einfließen, muss dies zu gegebener Zeit im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wiederholen.

Netzbetreiber und Kreise machen von der Möglichkeit Gebrauch, auf öffentliche Veranstaltungen zum Netzausbau auch über die Internetseite www.stromnetzausbau.schleswig-holstein.de hinzuweisen.

4.1. Westküste/Süd

An der Westküste soll für die ersten beiden Abschnitte der geplanten 380 kV-Leitung Brunsbüttel-Barlt und Barlt-Heide im Kreis Dithmarschen in weiteren Informationsveranstaltungen in den ersten Monaten 2012 der „Dialog Netzausbau“ fortgesetzt werden. Mit Postwurfsendungen sollen die Haushalte, die unmittelbar betroffen sein werden, auf diese Veranstaltungen aufmerksam gemacht werden. Unter Federführung der Deutschen Umwelthilfe, die für den Bereich Westküste eine Moderation übernimmt, soll außerdem eine wissenschaftliche Begleitung der Kommunikation durch eine Hochschule erfolgen. Hierzu sind auch Bürgerbefragungen vorgesehen.

Das so genannte Scoping-Verfahren für die ersten beiden Abschnitte Brunsbüttel-Barlt und Barlt-Heide soll im Februar / März 2012 beginnen. Damit werden die Arbeiten für die Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens festgelegt. Sobald der Netzbetreiber den Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens – voraussichtlich ab Anfang 2013 – gestellt hat und die Antragsunterlagen dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV-SH) als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde vollständig vorliegen, wird die Öffentlichkeit einbezogen werden. Die Klärung der raumordnerischen Aspekte wird in diesem Bereich im Planfeststellungsverfahren erfolgen. Von der Durchführung eines vorgeschalteten, eigenständigen Raumordnungsverfahrens wird abgesehen. Ziel ist ein Baubeginn im ersten Abschnitt im Jahr 2015.

4.2. Westküste/Nord

Für die nördlicher gelegenen Abschnitte der geplanten 380 kV-Leitung an der Westküste Heide-Husum und Husum-Niebüll wird der mit den Bürgerinnen und Bürgern begonnene Dialog im Jahr 2012 ebenfalls fortgesetzt.

Aufgrund der Komplexität in diesen beiden Abschnitten will die TenneT um die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens noch mit einer Antragskonferenz im Jahr 2012 ersuchen.

4.3. Ostküste

An der Ostküste wurde der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zunächst mit einer Regionalkonferenz am 30. Januar 2012 in Preetz fortgesetzt.

Es zeichnet sich ab, dass aufgrund der Komplexität, die unter anderem auch mit der geplanten Hinterlandanbindung zur geplanten Festen Fehmarnbeltquerung zusammen hängt, die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens vor dem Planfeststellungsverfahren erforderlich werden könnte. Für beide Verfahren könnte die Aufteilung in einen nördlichen Abschnitt Kiel – Göhl und einen südlichen Abschnitt Göhl – Lübeck und sinnvoll sein.